

## Zeitarbeits-Verbände beantragen Mindestlohn

In der Auseinandersetzung um die Ausweitung von Mindestlöhnen hat Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) Unterstützung aus der Zeitarbeit bekommen. Die beiden Arbeitgeberverbände IGZ und BZA beantragten am Montag bei einem Treffen mit dem SPD-Minister die Aufnahme der Branche in das Entsendegesetz. Dies ist der erste Schritt für einen branchenspezifischen Mindestlohn.

Scholz äußerte sich überzeugt, dass die Branche die Bedingungen dafür erfüllt. Weit über 50 Prozent der Leiharbeiter seien bei Mitgliedsunternehmen der beiden Verbände beschäftigt, "so dass die Voraussetzungen für die Aufnahme der Branche in das Entsendegesetz sicher gegeben sein dürften", sagte Scholz. Die beiden Verbände vertreten nach eigenen Angaben etwa 385.000 von insgesamt etwa 600.000 Beschäftigten in der Branche.

Die Union und das vom CSU-Politiker Michael Glos geführte Wirtschaftsministerium haben immer wieder Bedenken gegen einen Mindestlohn in der Zeitarbeit vorgebracht. Auch der AMP als dritter großer Arbeitgeberverband der Branche lehnt eine Aufnahme in das Entsendegesetz kategorisch ab und hat mit rechtlichen Schritten gedroht. Die gesetzliche Grundlage ist zudem noch in der Schwebe. Kanzleramt und Wirtschaftsministerium hatten vorige Woche Einspruch gegen den Entwurf von Scholz zur Ausweitung des Entsendegesetzes eingelegt. Auf ihr Betreiben wurde die Ressortabstimmung um vier Wochen bis März verlängert.

Grundlage des Antrages des Interessenverbandes Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) und des Bundesverbandes Zeitarbeit (BZA) ist ihr Mindestlohntarifvertrag mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) aus dem Jahr 2006. Dieser sieht Mindeststundenlöhne von 6,36 Euro im Osten und von 7,31 Euro im Westen vor.

SPD-@rtikeldienst -- 11. Februar 2008